

I N F O R M A T I O N

zur Pressekonferenz mit

Markus ACHLEITNER

**Wirtschafts-Landesrat &
Vorsitzender der Wirtschaftsreferenten-Konferenz**

Dr.ⁱⁿ Margarete SCHRAMBÖCK

**Bundesministerin für Digitalisierung
und Wirtschaftsstandort**

am 2. Juli 2021 zum Thema

Weichenstellungen für Comeback des Wirtschaftsstandorts Österreich Ergebnisse der Wirtschafts-Landesräte-Konferenz

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Lanhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Wirtschafts-Landesrat Markus ACHLEITNER:

Österreichs Wirtschafts-Landesräte tagten in OÖ: Weichenstellungen für Comeback des Standorts

Unter dem Vorsitz von Oberösterreichs Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner trafen sich die Wirtschafts-Landesrätin der Steiermark und die Wirtschafts-Landesräte der anderen Bundesländer zu einer zweitägigen Wirtschaftsreferenten-Konferenz in Oberösterreich. Auch Wirtschaftsministerin Dr.ⁱⁿ Margarete Schramböck hat an dieser Tagung teilgenommen. *„Die Corona-Pandemie hat auf die Wirtschaft in Österreich und in den Bundesländern massive Auswirkungen. Das erfordert nicht nur neue Schwerpunktsetzungen der Wirtschaftspolitik auf Bundesebene, sondern auch Neuausrichtungen der Wirtschaftsstrategien in den einzelnen Bundesländern. Diese Wirtschaftsreferenten-Konferenz hat die Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch, aber auch zu einer noch engeren Abstimmung zwischen den Ländern, aber auch mit dem Bund geboten“*, stellt Wirtschafts-Landesrat Achleitner zum Abschluss der Tagung in Bad Ischl fest.

„Oberösterreich ist erfreulicherweise bisher besser durch die Krise gekommen als andere. Dies lässt sich unter anderem an folgenden Fakten festmachen“, so Landesrat Achleitner weiters:

- Oberösterreich weist im Juni nach Salzburg die **zweitniedrigste Arbeitslosenrate** im Bundesländervergleich auf. Zugleich liegt die Zahl der Beschäftigten sogar über den Werten von 2019, also über dem Vorkrisen-Niveau.
- Laut den Ökonomen der Bank Austria wird Oberösterreich im Vergleich der Bundesländer heuer "**Wachstumskaiser**" sein. Vor allem die vom weltweiten Aufschwung begünstigte exportstarke Industrie in unserem Bundesland wird für einen überdurchschnittlich hohen regionalen BIP-Zuwachs sorgen.

- Die Investitionsprämie des Bundes hat einen wahren **Investitionsboom in Oberösterreich** ausgelöst. Mit fast 60.000 Anträgen wurde knapp jeder vierte Antrag von einem Unternehmen aus Oberösterreich gestellt. Betriebe aus unserem Bundesland werden bis zu 1,5 Milliarden Euro an Förderungen vom Bund abholen. Damit werden Investitionen von bis zu 16 Milliarden Euro alleine in Oberösterreich ausgelöst. Das bringt nicht nur zusätzliche Wertschöpfung, sondern sichert und schafft vor allem auch Arbeitsplätze

„Von der Österreichischen Wirtschaftsreferenten-Konferenz in Oberösterreich sollen daher auch wichtige Impulse für das Comeback des Standorts Österreich, aber auch der Wirtschaft in den einzelnen Bundesländern ausgehen. Dazu hat es bei dieser Tagung sehr konstruktive Beratungen zwischen den Ländern, aber auch mit der Wirtschaftsministerin gegeben“, unterstreicht Landesrat Achleitner.

„Wir haben uns bei dieser Konferenz der Wirtschafts-Landesräte klar darauf festgelegt, wo aus der Sicht der Länder zentrale Weichenstellungen seitens des Bundes vorgenommen werden sollten, um eine Comeback der jeweiligen regionalen Wirtschaft zu ermöglichen“, betont Landesrat Achleitner:

- **Forschungsförderung als zentraler Hebel zur Krisenbewältigung bzw. für das Comeback nach der Krise stärken und absichern**
- **Fördermöglichkeiten für die Wiederansiedlung wichtiger Produktionsbereiche und zur Unterstützung der Transformation der Wirtschaft erweitern**
- **Weiterer Schub für die Digitalisierung**

Dementsprechend gab es bei der Wirtschaftsreferenten-Konferenz die Einigung auf folgende Forderungen an den Bund:

- **Absicherung der wirtschaftsnahen Forschungsförderung:**

„Es hat sich klar gezeigt, dass jene Unternehmen, die einen besonderen Fokus auf Forschung legen, schneller durch die Krise kommen, schneller Umsatzeinbrüche wettmachen können und schneller Arbeitsplätze schaffen können. Zudem hat die

aktuelle Situation bewiesen, wie wichtig angewandte Forschung auch für die Bewältigung der Gesundheitskrise ist. Vor diesem Hintergrund sind die direkten Förderungen der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft FFG von zentraler Bedeutung für die Forschungsinvestitionen insbesondere der KMU“, erläutert Landesrat Achleitner. Die FFG-Förderungen erfreuen sich gerade in Krisenzeiten besonders hoher Nachfrage: Die Zahl der Anträge im Basisprogramm ist im vergangenen Jahr 2020 gegenüber 2019 um rund 30 % gestiegen.

Demgegenüber wird die budgetäre Situation der FFG immer schwieriger:

- Schon 2020 mussten beantragte Förderungen für Projekte im Ausmaß von 233 Mio. Euro mangels Budgetmittel abgelehnt werden.
- Ein wesentlicher Finanzierungsbestandteil der FFG waren in den vergangenen Jahren die Mittel der FTE-Nationalstiftung und des Österreich-Fonds, zuletzt waren es 62,5 Mio. Euro. Beide Budgettöpfe sind leer, eine Verlängerung ist nicht in Sicht.
- Die-FFG hat derzeit Sondermittel aus Konjunkturpaketen und Corona-Mittel erhalten. Diese Sonderdotierung endet jedoch 2022.

„Spätestens mit 2023 droht daher ein Einbrechen des FFG-Budgets in massivem Ausmaß. Die direkte wirtschaftsnahe Forschungs- und Innovationsförderung könnte dann nicht mehr annähernd auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt werden. Der Schaden für die überwiegende klein- und mittelbetrieblich strukturierte Wirtschaft in Österreich wäre enorm. Wir appellieren daher an den Bund, für eine langfristige wirtschaftsnahe Forschungsförderung für Österreichs Unternehmen zu sorgen“, erklärt Landesrat Achleitner in seiner Funktion als Vorsitzender der Österreichischen Wirtschaftsreferenten-Konferenz.

- **Initiative für beihilfenrechtliche Lockerungen seitens der EU:**

„Österreichs Wirtschaft steht nicht nur aufgrund von Corona vor besonderen Herausforderungen. Die digitale Transformation hat alle Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche erfasst. Die Transformation in der Mobilität bringt

weitreichende Veränderungen für den österreichischen Wirtschaftsstandort. Eine der wesentlichen Lehren aus der COVID-Pandemie ist das Bemühen um die Wiederansiedlung wichtiger Produktionsbereiche in Österreich, um die Abhängigkeit von den internationalen Lieferketten zu verringern und die Krisenfestigkeit des Standorts zu erhöhen. Bei diesen Veränderungsprozessen kommt gerade auch den größeren Unternehmen am Standort Österreich eine wesentliche Rolle zu. Daher sollte es für die öffentliche Hand auch die Möglichkeit geben, hier mit Förderungen unterstützend einzugreifen“, erklärt Landesrat Achleitner.

Die bestehenden beihilferechtlichen Regeln im EU-Wettbewerbsrecht schränken jedoch die Fördermöglichkeiten für größere Unternehmen deutlich ein. Hinzu kommen die zunehmenden gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen bei Unternehmen, die dann oft als Großunternehmen eingestuft werden und beihilfenrechtlich damit gegenüber KMUs benachteiligt sind.

Die Allgemeine Gruppenfreistellungs-Verordnung (AGVO) der EU erweist sich für die Länder als ein sehr effizientes Rahmenregelwerk, um dezentral rasch und leicht durchführbare Beihilfemaßnahmen auszugestalten, die mit dem Binnenmarkt als vereinbar angesehen werden. Die AGVO kennt jedoch nur wenige für Großunternehmen einschlägige Fördermöglichkeiten, die überdies sehr wenig Spielraum für die Ausgestaltung von Beihilfemaßnahmen zulassen. Daher können zwar Klein- und Mittelbetriebe auf Grund der Flexibilität der AGVO rasch unterstützt werden, nicht jedoch auch größere Unternehmen. In der aktuellen Situation sowie zur Unterstützung der Transformationsprozesse in der Wirtschaft sollte es auch für diese Betriebe rasche und leicht durchführbare Beihilfemaßnahmen seitens der öffentlichen Hand geben, die mit dem Binnenmarkt vereinbar sind.

„Daher ersucht die Wirtschaftsreferentenkonferenz den Bund, sich bei der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass die AGVO dahingehend geändert wird, dass zumindest für zwei Jahre die Förderungsmöglichkeiten für größere Unternehmen

erweitert werden. Zudem soll auch in den laufenden Konsultationsverfahren zur Überarbeitung der bestehenden Leitlinien die Fördermöglichkeiten von Großunternehmen verbessert werden“, erklärt Landesrat Achleitner.

Weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts:

- **Weiterführung und Aufstockung der Start-up-Förderprogramme des Bundes:**

Start-ups sind eine wichtige Blutauffrischung der Wirtschaft und sorgen für neue Produkte, Dienstleistungen sowie Geschäftsmodelle und damit auch für Arbeitsplätze. Mit dem AplusB Scale Up-Programm werden von Bund und Ländern Start-ups bei der Gründung unterstützt und bis zur ersten Wachstumsphase intensiv begleitet. Eine aktuelle Studie von Joanneum Research zeigt die große Wirksamkeit des Förderprogramms, mit dem unter anderem in OÖ der Start-up-Inkubator tech2b gemeinsam mit dem Land OÖ gefördert wird: Start-ups, die vom AplusB-Programm unterstützt werden, haben

- ein signifikant höheres Umsatzwachstum
- eine deutlich höhere Überlebensrate (mehr als 80 % sind auch sieben Jahre nach der Gründung erfolgreich am Markt tätig) und
- die Zahl der durchschnittlich geschaffenen Arbeitsplätze liegt um ein Vielfaches über jener von vergleichbaren Start-ups ohne diese Betreuung.

„Das aktuelle AplusB Scale Up-Programm läuft Mitte 2022 aus. Die Landeswirtschaftsreferenten appellieren an den Bund, das Programm nicht nur weiterzuführen, sondern das derzeitige Budget von insgesamt 16 Mio. Euro an Bundesmitteln deutlich zu erhöhen“, erklärt Landesrat Achleitner.

- **Entbürokratisierung bei Errichtung von betrieblichen Ladestationen für elektrische Kraftfahrzeuge und Photovoltaikanlagen:**

Photovoltaik-Anlagen und E-Mobilität sind wichtige Elemente bei der Umsetzung der Klimawende. Bei betrieblichen Projekten hat die zuständige Gewerbebehörde derzeit eine Entscheidung im Einzelfall zu treffen, ob für das jeweilige betriebsanlagenrechtliche Vorhaben zur Errichtung einer Ladestation für

elektrische Kraftfahrzeuge oder einer Photovoltaikanlage eine Genehmigungspflicht besteht oder nicht.

„Zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch im Sinne der Entbürokratisierung und der Rechtsklarheit empfehlen die Landeswirtschaftsreferenten dem Bund zu prüfen, ob Ladestationen für elektrische Kraftfahrzeuge und Photovoltaikanlagen nicht in eine Genehmigungsfreistellungsverordnung der Gewerbeordnung aufgenommen werden sollten“, erläutert Landesrat Achleitner.

Zusätzlicher Schub für die Digitalisierung:

Die Corona-Krise hat die Digitalisierung aller Lebensbereiche, aber insbesondere auch der Wirtschaft beschleunigt. Das macht den Ausbau der digitalen Infrastruktur umso wichtiger. Dazu wurden im Rahmen der Österreichischen Wirtschaftsreferenten-Konferenz folgende Beschlüsse gefasst:

- **Sicherstellung der Versorgungsaufgaben aus der 5G-Frequenzversteigerung:**

Im Rahmen der Auktion für die 5G-Frequenzen haben die drei großen Mobilfunkbetreiber A1, Hutchison und T-Mobile/Magenta auch erweiterte Versorgungspflichten für unterversorgte Katastralgemeinden erhalten. Insgesamt 1.700 Katastralgemeinden in ganz Österreich sollen bis zu bestimmten Zeitpunkten mit 5G-Technologie versorgt werden. Ebenso gibt es Auflagen, das Landesstraßennetz zu versorgen. Diese Versorgungsaufgaben stellen eine optimale Ergänzung zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur auf Länderebene dar.

„Es gilt daher aus Ländersicht sicherzustellen, dass diese Versorgungspflichten von Bundesebene regelmäßig kontrolliert und die Ergebnisse transparent, z.B. mit Hilfe des RTR-Netzes, regelmäßig veröffentlicht werden. So kann eine enge Abstimmung mit den Ausbauplänen der Bundesländer erfolgen. Dazu soll der Bund einen geeigneten Kontrollmechanismus schaffen“, betont Landesrat Achleitner.

- **Schaffung von österreichweit einheitlichen Indikatoren zum Fortschritt bei der Digitalisierung:**

Aus der Sicht der Länder ist es sinnvoll, österreichweit einheitliche Indikatoren für den Fortschritt bei der Digitalisierung zur Verfügung zu haben. Dazu soll der Bund zeitnah eine Arbeitsgruppe mit Vertreter/innen der Bundesländer einsetzen, die ein Konzept zur weiteren Vorgangsweise erarbeiten soll.

- **Schaffung einer bundesweit einheitlichen elektronische Amtstafel:**

In immer mehr Rechtsvorschriften ist (auch) eine elektronische Verlautbarung/Kundmachung (z.B. von mündlichen Verhandlungen oder sonstigen Bekanntmachungen) vorgesehen. In der Praxis führt dies mangels einer einheitlichen Plattform zu vielen unterschiedlichen Internetauftritten (z.B. Homepage der Gemeinde, Bezirksverwaltungsbehörde, Land, Bund), die für alle Beteiligten unübersichtlich und schwierig handhabbar sind.

Ziel sollte es daher sein, eine bundesweit einheitliche, verpflichtende Kundmachungsplattform für alle Verfahren, egal ob auf Bundes-, Länder-, Bezirks- oder Gemeindeebene, zu schaffen. Diese muss auch allen weiteren gesetzlichen Anforderungen entsprechen (z.B. dem Informationsfreiheitsgesetz). Mit einer solchen Plattform soll eine Entlastung der Verwaltungsbehörden unter gleichzeitiger Einhaltung der Rechtssicherheit ermöglicht werden. Den Nutzern ermöglicht dies wiederum die zentrale Abfrage der Kundmachungen anstelle der Recherche in diversen Kommunikationskanälen.

„Die Landes-Wirtschaftsreferenten-Konferenz ersucht daher den Bund, rasch eine bundesweit einheitliche und verpflichtende Kundmachungsplattform im Internet für alle Verfahren auf Bundes-, Länder-, Bezirks- oder Gemeindeebene, einzuführen. Um die Praxistauglichkeit sicherzustellen, sollen die Länder in die Entwicklung eingebunden werden“, unterstreicht Landesrat Markus Achleitner.

Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Margarete SCHRAMBÖCK:

Von den Fachkräften bis zu Standortstrategie – Bund und Länder ziehen an einem Strang

Erfolgsmodell Investitionsprämie:

- Während der Beantragungsfrist gingen mehr als 240.000 Anträge ein. Jeder vierte Antrag war aus Oberösterreich.
- Insgesamt wurden Anträge mit einem Zuschussvolumen von **7,8 Milliarden Euro** eingebracht.
- Laut Schätzungen werden die Unternehmen Investitionen in Höhe von **55 Milliarden Euro** verwirklichen.
- Daher wird rund 5 Milliarden Euro Investitionsprämie an die Betriebe ausbezahlt werden.
- Berechnungen zufolge könnten mit diesen Investitionen **bis zu 800.000 Jobs** gesichert und geschaffen werden.
- Die **Hälfte aller Investitionen** hat einen **Digitalisierungs- oder Ökologisierungsschwerpunkt** und bekommt den Bonus einer 14 Prozent Förderung (21 Prozent der Anträge betreffen Digitalisierung, 27 Prozent betreffen Ökologisierung und 0,4 Prozent Life Science).
- Der Rest, also 51,6 Prozent, erhalten die Standardvariante von 7 Prozent. **94 Prozent der Anträge** entfallen auf KMU und 6 Prozent auf Großunternehmen.
Verteilung der Anträge auf Bundesländer (Top3): 24 % Oberösterreich, 21 % Niederösterreich, 14 % Steiermark.

„Wir wollen unseren Betrieben nach der Pandemie bestmöglich helfen, ein rasantes Comeback hinzulegen. Unser stärkster Hebel dafür ist die Investitionsprämie, die einen Investitions-Boom ausgelöst hat. Jeder vierte Antrag wurde von einem oberösterreichischen Unternehmen gestellt. Das zeigt nicht nur, dass viele oberösterreichische Firmen mit Mut in die Zukunft blicken, sondern sich auch aus der Krise heraus modernisieren wollen. Die Investitionsprämie ist aber nicht nur eine

konjunkturelle Unterstützung, sondern auch eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme, die Österreich zu wirtschaftlichen Erfolg verhelfen wird. Durch den finanziellen Zuschuss des Bundes sichern und schaffen wir Arbeitsplätze in allen Regionen Österreichs - vom Bodensee bis zum Neusiedlersee“, betont Wirtschaftsministerin Dr.ⁱⁿ Margarete Schramböck.

Fachkräfte/Duale Akademie :

Nach der Corona-Pandemie stehen die Betriebe vor allem vor der Herausforderung des Fachkräftemangels. Daher setzt die Bundesregierung bereits jetzt Maßnahmen, um dem Mangel vorzubeugen und entgegenzuwirken. Dabei kommt der dualen Ausbildung eine große Rolle zu. Gerade jetzt ist es wichtig, jungen Menschen einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Von unserem dualen System der Lehrausbildung profitieren Jugendliche und Erwachsene genauso wie unsere Unternehmen und unser Wirtschaftsstandort. Deshalb arbeitet das Wirtschaftsministerium laufend an der Modernisierung und Neugestaltung der Lehrlingsausbildung. Dabei legt Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck zwei Schwerpunkte: moderne Lehrberufe und Anerkennung der Lehre als Schlüssel Ausbildung. So wird beispielsweise jede Lehrausbildung alle fünf Jahre aktualisiert. Ebenso wird die Lehre laufend attraktiviert. Ein Vorzeigemodell dafür ist die Duale Akademie. Oberösterreich hat hier eine Vorbildrolle. Die anderen Bundesländer sollen diesem Beispiel folgen.

„Der Fachkräftemangel endet nicht an der Grenze zu Oberösterreich. Es ist eine Herausforderung, die wir nur gemeinsam stemmen können! Das Modell der Dualen Akademie spricht neue Zielgruppen für die duale Ausbildung an. Daher habe ich heute auch alle Wirtschaftslandesreferenten dazu aufgefordert, dem oberösterreichischen Beispiel zu folgen“, erklärt Wirtschaftsministerin Schramböck.

Standortstrategie:

Auch beim Thema Standortstrategie ziehen der Bund und die Länder an einem Strang. Im Regierungsprogramm ist die Erarbeitung einer umfassenden Standortstrategie enthalten. Die Arbeiten zur Standortstrategie unter dem Motto „Chancenreich

Österreich - digital nachhaltig wirtschaften“ - sind bereits voll angelaufen. Ziel ist, aktiv jene Zukunftsbranchen zu forcieren, in denen Österreich international Vorreiter sein kann und Österreich in den nächsten 20 Jahren zu einem der Top 10 Wirtschaftsstandorte weltweit zu entwickeln. Schon heute müssen die Weichen für die langfristige Transformation des Standortes gestellt werden - denn die Entscheidungen von heute sind die Ergebnisse von morgen. Mehr als 140 Unternehmen, Wissenschaftler/innen und Sozialpartner haben sich bereits an der Diskussion beteiligt. Auch die Bundesländer sind eingeladen, ihre Ziele und Vorstellungen über den zukünftigen Standort einzubringen.

„Österreich vom Hidden Champion in die Champions League führen - das ist die Vision unserer Standortstrategie ‚Chancenreich Österreich‘. Auch wenn wir im Moment noch im Krisenbewältigungsmodus sind, müssen wir bereits Rezepte finden, wie wir gestärkt aus der Corona-Krise kommen. Unser Land hat mit seiner wirtschaftlichen Vielfalt beste Voraussetzungen, sich langfristig zu den Top 10 der Wirtschaftsstandorte weltweit zu entwickeln. Arbeitsplätze zu sichern und schaffen, den Wohlstand der in Österreich lebenden Menschen zu aufrecht zu erhalten und unseren Kindern attraktive Lebenschancen und Lebensbedingungen zu bieten, dafür arbeiten wir Tag für Tag. Unternehmen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Sozialpartner haben sich bereits eingebracht. Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir die besten Zukunftsideen sammeln“, so Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck.